

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 08. Mai 2026



In dieser Ausgabe

Städtebauförderung

**Einführung
elektronischer
Fußfessel zum Schutz
vor häuslicher Gewalt**

**Wirksame und
strategische
„Kabeldiplomatie“**

**Auszüge aus meinem
Terminkalender**

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

viele Bürgerinnen und Bürger schildern mir aktuell zunehmend ihre Kritik und ihre Besorgnis über den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustand unseres Landes. Ich nehme dies sehr ernst.

Wenn wir auf das erste Jahr Regierungskoalition schauen, haben wir die Energiepolitik neu ausgerichtet, die irreguläre Migration begrenzt, das Bürgergeld abgeschafft, die Bundeswehr gestärkt und massiv in Straßen, Brücken und Schienen investiert. Aber klar ist, dass vor uns weiterhin große Herausforderungen und harte Arbeit liegen. Dazu setzen wir Prioritäten, gehen die Aufgaben Schritt für Schritt an und haben einen klaren Reform-Plan: erst Gesundheit und Pflege, dann Haushalt, Steuerreform und Rentenreform.

International bleibt die Lage unbeständig - gerade im Verhältnis zu den USA erleben wir derzeit Unsicherheiten, etwa durch Zoll-Ankündigungen auf Autos und LKW sowie die Diskussionen über den Abzug von US-Truppen aus Deutschland. Gleichzeitig gibt es auch positive Signale mit dem Start des EU-Mercosur-Abkommens zum 1. Mai. Hier gewinnt der Handel mit Südamerika spürbar an Bedeutung für deutsche Unternehmen.

Entscheidend für uns ist, zur Verbesserung unserer Situation gute und umsetzbare Entscheidungen zu treffen. Auf dem Weg dorthin darf hart in der Sache debattiert werden. Eine Kompromissfindung wird sicher nicht immer einfach sein. Trotz aller Steine auf dem Weg bin ich zuversichtlich, dass wir die anstehenden Herausforderungen stemmen werden, wenn wir anpacken und das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verlieren.



Ihr Hermann Färber

»»» ANTRAG ZUR STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Am 9. Mai ist der Tag der Städtebauförderung. Sie ist seit 55 Jahren das wichtigste Instrument der Stadtentwicklung. Seit 1971 wurden mit der Städtebauförderung von Bund und Ländern mehr als 12.500 Maßnahmen in rund 4.000 Kommunen gefördert. Allein der Bund hat hierfür seit 1971 rund 23,9 Milliarden Euro bereitgestellt.

Anlässlich dieses Tages haben die Koalitionsfraktionen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Städte in Deutschland den Antrag „Motor für starke Städte und Gemeinden“ in den Deutschen Bundestag eingebracht.



Bildquelle: Canva.

Wir fordern darin unter anderem:



Verdoppelung der Mittel für die Städtebauförderung

In den kommenden zwei Jahren sollen die Mittel für die Sanierung kommunaler Sportstätten („Sportmilliarde“) mindestens auf dem bisherigen Niveau gehalten werden.

Gemeinsam mit den Ländern soll die Bundesregierung weitere Vereinfachungspotenziale in den Umsetzungsprozessen der Städtebauförderung prüfen.



Weiterentwicklung und (Wieder-) Belebung von Orts- und Stadtkernen

Das Potential der Städtebauförderung in großen wie in kleinen Städten als Instrument einer partizipativen, thematisch breit angelegten Politik zu nutzen, um die Weiterentwicklung der Innenstädte zu Orten des Wohnens, Lebens und Arbeitens zu unterstützen, die Klimaanpassung in der Umbaukultur zu stärken und soziale Infrastrukturen resilient zu gestalten.

Die Belebung von Orts- und Stadtkernen in ländlichen sowie strukturschwachen Regionen soll hierbei im Fokus stehen.



Stärkere Unterstützung der Kommunen

Dabei soll geprüft werden, ob der kommunale Eigenanteil bei Kommunen in Haushaltsnotlagen weiter abgesenkt werden kann. Das kann Kommunen helfen, ihre Städtebauförderungsjahre unter finanziellen Engpässen umzusetzen.

Ebenso soll überprüft werden, inwieweit der kommunale Eigenanteil in der Städtebauförderung durch Mittel Dritter stärker als bisher gedeckt werden kann (beispielsweise durch zweckgebundene Spenden, Sponsoring oder ähnliche Leistungen).

Von der Aufstockung der Programmmittel des Bundes von 790 Millionen Euro (2025) auf eine Milliarde Euro in diesem Jahr sowie von der Städtebauförderung insgesamt profitieren insbesondere die lokale und regionale Wirtschaft. Rund 70 % der Investitionen können dadurch in Bau-, Handwerks- und Planungsleistungen von Betrieben vor Ort fließen und damit die regionale Wertschöpfungsketten stärken sowie Arbeitsplätze schaffen und erhalten.



SCHUTZ VOR HÄUSLICHER GEWALT: WIR FÜHREN DIE ELEKTRONISCHE FUSSFESSEL EIN



Bildquelle: Canva

Mit dem Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz schaffen wir einen klaren rechtlichen Rahmen. Die elektronische Fußfessel wird dabei zu einem zentralen Instrument des präventiven Opferschutzes. Sie ermöglicht es, Annäherungsverbote effektiv zu überwachen und Verstöße frühzeitig zu unterbinden.

Wir stärken damit den Schutz von Betroffenen konkret und verlagern die Verantwortung dorthin, wo sie hingehört: zu den Tätern. Das Gesetz verbindet klare Eingriffsbefugnisse mit rechtsstaatlichen Garantien und setzt auf moderne Technik zur Gefahrenabwehr. Ziel ist ein wirksamer, durchsetzbarer Gewaltschutz, der nicht erst reagiert, wenn es zu spät ist.

ANTRAG ZU WIRKSAMER UND STRATEGISCHER „KABELDIPLOMATIE“



Über 90 % des globalen Internetverkehrs laufen über Unterwasserinfrastruktur. Mehr als 150 Unterseekabel verbinden Europa mit Asien, Afrika und Nordamerika und sind Lebensadern für die deutsche Wirtschaft.

In der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) in der Ostsee verlaufen insgesamt 16 Unterseekabel, die die Ostseeanrainerstaaten, wie Schweden, Finnland, Polen, Estland, Lettland und Litauen miteinander verknüpfen. Über die AWZ in der Nordsee ist Deutschland mit europäischen Partnern wie dem Vereinigten Königreich, Skandinavien und den Niederlanden und über diese mit Nordamerika, Asien und Afrika verbunden.

Dieses globale Netzwerk als pulsierendes Herz der modernen deutschen Wirtschaft sowie Transmissionsriemen für globale Kommunikation und Zusammenarbeit setzt sich nicht nur aus Kabeln für den Internetdatenverkehr zusammen, sondern umfasst auch energetische Infrastrukturen wie Hochspannung-Gleichstrom-Übertragungskabel zur Stromübertragung.

Unterseekabel sind somit fester Bestandteil der globalen kritischen Infrastruktur. Die potenziellen und bereits stattgefundenen staatlich gelenkten Beschädigungen von Unterseekabeln oder Stromleitungen

im Meer führen uns die hybriden Bedrohungen dieser Infrastruktur vor Augen. Damit dürfen wir nicht leichtsinnig umgehen.

Mit unserem Antrag „Eckpfeiler einer wirksamen und strategischen Kabeldiplomatie“ setzen wir uns daher für den Ausbau einer sicheren Kabel- und Unterwasserinfrastruktur als Bestandteil der globalen kritischen Infrastruktur ein.

Wir fordern die Bundesregierung zudem auf, im Sinne des EU-Aktionsplans für Kabelsicherheit einen aktiven Beitrag zur Realisierung der Zielsetzung eines umfassenden, EU-weiten Instrumentariums für die Kabelsicherheit zu leisten.

Denn: Es geht vor allem um die Stärkung von Fähigkeiten zur schnellen Detektion, Reparatur und Wiederherstellung beschädigter Kabelinfrastruktur sowie durch koordinierte Notfallmechanismen. Darüber hinaus benötigen wir einen stärkeren Informations- und Wissensaustausch zwischen den verschiedenen nationalen, europäischen, internationalen und multilateralen Behörden, Instituten sowie Organisationen im Bereich der Seekabel.

Auszüge aus meinen Terminkalender

11. Mai 2026:

Bürgergespräche, Wahlkreisbüro Süßen.

11. Mai 2026 | 19 Uhr:

Stammtisch und Diskussion mit dem JU-Kreisverband Göppingen, Donzdorf.

13. Mai 2026:

Vor-Ort-Termine im Wahlkreis.

18. - 22. Mai 2026:

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin.

18. Mai 2026:

Gespräch mit Schülerinnen und Schülern des Helfenstein-Gymnasium Geislingen, Berlin.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de